

Name: Stephan Stracke

Alter: 47

**Beruf:
Bundestagsabgeordneter**

Wohnort: Irsee

Partei: CSU



1. In medialen, gesellschaftlichen und politischen Debatten empfinden wir Landwirte, dass wir oft als Schuldige für alles hingestellt werden. Wie stehen Sie dazu? Was tun Sie, um hier Vorurteile abzubauen?

Ich stehe an der Seite unserer Bäuerinnen und Bauern und unseren landwirtschaftlichen Familienbetrieben. Unsere Landwirtschaft verdient mehr Wertschätzung und braucht mehr Wertschöpfung, denn sie erzeugt das Wichtigste, das wir alle brauchen – unsere qualitativ hochwertigen Lebensmittel. Ich trete für eine Versachlichung der oftmals emotional und polarisierend geführten Debatten ein. Unsere Landwirte haben Fairness und Respekt verdient statt Polemik und pauschale Verurteilungen. Ich will langfristige Perspektiven und gesellschaftliche Akzeptanz sichern. Nur dann wird es möglich sein, Mehrheiten dafür zu erhalten, die Leistungen der Bauern für die Gesellschaft entsprechend zu honorieren.

2. Bei uns besteht der Eindruck, dass sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Tierhaltung sehr am gesellschaftlichen Mainstream orientieren. Wie stellen Sie sich eine praxistaugliche Umsetzung vor?

In Bereichen, in denen die Gesellschaft in Deutschland höhere Standards verlangt, wie zum Beispiel in der Tierhaltung, müssen wir die Bürger an den Kosten beteiligen. Dafür hat die Borchert-Kommission im Bereich der Tierhaltung Wege aufgezeigt. Auf dieser Grundlage werden wir ein tragfähiges Finanzierungsmodell entwickeln und mit einem Bestandsschutz von 15 Jahren bei neuen Stallbauinvestitionen für Verlässlichkeit und Sicherheit sorgen. Zudem müssen Tierwohl, Herkunft, Regionalität und Nachhaltigkeit durch eine einheitliche und verbindliche Kennzeichnung einfacher erkennbar sein. Ein klares Bekenntnis zur bayerischen Herkunft schafft Transparenz und tritt der Anonymität von Lebensmitteln an der Ladentheke wirksam entgegen.

3. Die immer stärker ausufernde Bürokratie raubt unseren Landwirten die Zeit, sich auf das Wesentliche – nämlich Tierhaltung, Pflanzenbau und Management – zu konzentrieren. Was tun Sie dafür, hier eine Kehrtwende einzuleiten?

Wir brauchen mehr Mut zu Pragmatismus als immer auf die 120-Prozent-Lösung zu setzen – auch bei der Definition von Standards sowie bei Verordnungen und Richtlinien. Und wir brauchen einen Haltungswechsel, der auf Zutrauen setzt statt auf Misstrauen. Wir müssen insgesamt weniger, dafür gezielter regulieren. Eine Entlastung der Landwirte muss auch durch Fortschritte in der Digitalisierung erfolgen.

4. Das eigenständige agrarsoziale Sicherungssystem (SVLFG) trägt zu einer umfassenden Absicherung unserer bäuerlichen Familien bei und ist europaweit einzigartig. Allerdings verursacht der agrarstrukturelle Wandel leider auch eine Erosion der aktiven Beitragszahler. Daher bedarf es dauerhaft der Gewährung von Bundesmitteln, um die notwendigen Ausgaben zu decken. Wie stehen Sie zum Erhalt dieses eigenständigen sozialen Sicherungssystems?

Das eigenständige agrarsoziale Sicherungssystem hat sich sehr gut bewährt. Ich werde mich daher mit aller Kraft für dessen Fortbestand einsetzen, insbesondere durch die dauerhafte Bereitstellung der erforderlichen Bundesmittel.

5. Biobetriebe leisten gute Arbeit. Konventionelle Betriebe leisten gute Arbeit. Dennoch werden sie in der öffentlichen Diskussion ständig gegeneinander ausgespielt. Was tun Sie dafür, dass diese Schwarz/Weiß-Debatte endlich aufhört?

Biobetriebe und konventionelle Betriebe haben ihre gleichwertige Berechtigung. Einen Keil treiben zu wollen zwischen bio und konventionell, ist nicht sachgerecht. Ziel muss es bleiben, in der Landwirtschaft die Breite der Wertschöpfungsmöglichkeiten bedienen zu können. Dazu bedarf es fairer Rahmenbedingungen für beide Wirtschaftsweisen.

6. Das Thema Pflanzenschutz wird emotional diskutiert. Wenn Landwirte keine großen Ernte- und Qualitätsverluste einfahren möchten, dann ist der Schutz der Kulturen aber vonnöten. Was tun Sie dafür, eine Versachlichung der Debatte zu erreichen?

Pflanzenschutzmittel sind und werden für die Pflanzengesundheit und die Erntesicherung wichtig bleiben, auch die verstärkte Entwicklung alternativer Pflanzenschutzmittel. Wird der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt, muss ein fairer Ausgleich für die betroffenen Landwirte erfolgen. Wichtige

Ansatzpunkte sind auch eine bessere Umweltverträglichkeit der verwendeten Mittel, weitere Verbesserungen in der Ausbringungstechnik und die Züchtung resistenterer Sorten.

7. Die deutsche Politik setzt die Produktionsstandards für die heimischen Landwirte immer weiter nach oben. Gleichzeitig drängen über die offenen Märkte billig produzierte Güter aus dem Ausland in die deutschen Regale (Stichwort Flüssig-Ei und Eier aus Käfighaltung). Wie wollen sie die heimischen Landwirte in diesem Spannungsfeld wettbewerbsfähig halten? Und wie wollen Sie das für andere Erzeugnisse verhindern?

Wir setzen uns mit hoher Priorität für gleiche Wettbewerbsbedingungen und Standards innerhalb der EU ein. In Bezug auf Drittländer brauchen wir faire Handelsabkommen, die die hohen Standards bei uns respektieren und schützen. Für Importe in den Binnenmarkt müssen nicht nur die gleichen Produktstandards gelten wie für die heimischen Lebensmittel, sondern auch die gleichen Produktionsstandards. In Handelsabkommen soll daher zunehmend die Prozessqualität einbezogen werden in Bezug auf die Umwelt-, Tierwohl- und Arbeitsschutzstandards bei der Lebensmittelerzeugung.

8. 50 Prozent der schwäbischen Milchbauern halten ihre Kühe in Anbindehaltung. Wie stehen Sie zu einem generellen Verbot dieser Haltungsform? Trauen Sie sich, dafür auch öffentlich Ihre Stimme zu erheben?

Ein generelles Verbot der Anbindehaltung lehne ich ab. Die Kombinationshaltung ist ein seit Jahrzehnten bewährtes System und kann eine Alternative zum Laufstall sein. Dies vertrete ich auch öffentlich und erwarte in dieser Frage auch mehr Standhaftigkeit der Molkereien gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel.

9. Die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen durch Wohn-, Gewerbe- und Infrastrukturbau schreitet in Bayern und in ganz Deutschland stetig voran. Die Forderung nach einer nachhaltigen, regionalen Lebensmittelversorgung, nach Biodiversität und Artenschutz steht dazu in krassem Widerspruch. Welche Ansätze sehen Sie, diese massiven Konflikte aufzulösen?

Der Flächenverbrauch von täglich 11 ha ist deutlich zu viel und muss spürbar reduziert werden. Allerdings gibt es bei den betroffenen landwirtschaftlichen Flächen oftmals Nutzungskonflikte, die nicht einfach und pauschal aufzulösen sind. Eine Siedlungsentwicklung konsequent nach dem Grundsatz „innen vor außen“, eine produktionsintegrierte Kompensation oder die Mehrfachnutzung von Freiflächen-PV-Anlagen sind Beispiele dafür, wie dem Flächenentzug begegnet werden kann.

10. Warum soll ein Bauer / eine Bäuerin SIE wählen?

Unsere Bäuerinnen und Bauern sind Ernährer, Landschaftspfleger, Klima- und Umweltwirte, Arbeitgeber und Unternehmer. Diese Vielfalt prägt das Berufsbild des Landwirts und macht es einzigartig. Seit meiner politischen Tätigkeit stehe ich im engen Austausch mit den Landwirten und Berufsverbänden im Allgäu, insbesondere mit dem Bayerischen Bauernverband, um mich bestmöglich für die Anliegen unsere Allgäuer Landwirte in Berlin stark machen zu können.

11. Gibt es eine Botschaft, die Sie an unsere Landwirtschaftsfamilien richten wollen?

Ich stehe zu unseren bäuerlichen Familienbetrieben im Allgäu und möchte weiterhin Ihr Ansprechpartner sein.